

Förderprogramme

Arbeitsplätze und Ausbildung

21ogramm	BA-Programm Eingliederungszuschuss	BA-Programm Förderung (schwer- behinderter Menschen	Landesprogramm Beschäftigung schwer- behinderter Menschen	Landesprogramm Arbeitsplätze für schwer- behinderte Menschen
Wer gefördert wird	Arbeitgeber, die bestimmte von der Agentur für Arbeit definierte Personengruppen einstellen	Arbeitgeber, die behinderte, schwerbehinderte oder ihnen gleichgestellte Menschen einstellen, ausbilden oder diese fördern	Arbeitgeber, die Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis einstellen	Arbeitgeber, die neue bzw. zusätzliche Arbeitsplätze für bestimmte besonders betroffene schwerbehinderte Menschen schaffen
Was gefördert wird	Eingliederung und Beschäftigung von Arbeitnehmern 1) mit Vermittlungshemmnissen, wenn deren Vermittlung wegen in ihrer Person liegender Umstände erschwert ist (bspw. Dauer oder Häufigkeit der Arbeitslosigkeit, familienbedingte Unterbrechung der Berufstätigkeit, gesundheitliche Einschränkungen, fehlende Berufserfahrung, fehlender Berufsabschluss); 2) wenn diese nach (1) über 50 Jahre alt sind	1) Eingliederung von behinderten und schwerbehinderten Menschen; 2) Eingliederung von besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen, wenn diese wegen in ihrer Person liegender Umstände nur erschwert vermittelbar sind	Beschäftigung bzw. Ausbildung von besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen, die wegen der Auswirkungen ihrer Behinderung auf die Teilhabe am Arbeitsleben einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, soweit sie in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen mit einem Umfang von mind. 15 Wochenstunden am allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden; insbesondere für Menschen, die in einer Schule oder in einer Werkstatt für behinderte Menschen gezielt auf ein Arbeitsverhältnis vorbereitet wurden oder die bereits am allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt waren; zur Zielgruppe gehören auch seelisch wesentlich behinderte Menschen	Schaffung von neuen, erforderlichenfalls behinderungsgerecht ausgestatteten Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen, die ohne Beschäftigungspflicht oder über die Beschäftigungspflicht hinaus eingestellt werden sollen, die im Rahmen der besonderen Beschäftigungspflicht eingestellt werden sollen, die nach einer Arbeitslosigkeit von mehr als 12 Monaten eingestellt werden sollen, die nach an einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen eingestellt werden sollen od. deren Beschäftigungsverhältnis ohne Umsetzung auf einen neu zu schaffenden Arbeitsplatz enden würde. Schaffung von erforderlichenfalls behinderungsgerecht ausgestatteten Ausbildungsplätzen
Wie gefördert wird	Zuschuss zum berücksichtigungs-fähigen Arbeitsentgelt	Zuschuss zum berücksichtigungs-fähigen Arbeitsentgelt	Max. drei Inklusionsprämien von jährlich bis 2.000 € sowie Lohnkostenzuschüsse	Einmaliger Zuschuss zu den Investitionskosten oder Darlehen
Wie die Konditionen sind	Förderhöhe und Förderdauer richten sich nach dem Umfang der Einschränkung der Arbeitsleistung und den Anforderungen des Arbeitsplatzes (Minderleistung), maximal 1) bis zu 50 % für bis zu 12 Monate; 2) bis zu 50 % für bis zu 36 Monate (wenn die Förderung bis 31.12.2023 begonnen hat)	Höchstbeträge: 1) bis zu 70 % für die Dauer von bis zu 24 Monaten 2) bis zu 70 % für die Dauer von bis zu 60 Monaten, für Mitarbeiter ab 55 Jahre bis zu 96 Monaten Nach Ablauf von zwölf Monaten ist der Eingliederungszuschuss um 10 %-Punkte jährlich zu vermindern (bei besonders betroffenen Schwerbehinderten nach 24 Monaten). 30 % des zu berücksichtigenden Arbeitsentgelts dürfen nicht unterschritten werden	Bei unbefristeten Arbeitsverhältnissen: bis zu drei Prämien je zu Beginn eines Beschäftigungsjahres; bei Befristung: erste Prämie zu Beginn eines Beschäftigungsjahres; zweite Prämie bei Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis; Lohnkostenzuschüsse zwischen 30 % und 70 % der Bruttogehaltsaufwendungen des Arbeitgebers je nach Arbeitsverhältnis und Beschäftigungsdauer; bei Ausbildung: 275 €/Monat (insg. maximal 10.000 €)	Art und Höhe der Leistung bestimmen sich nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalles. Der Arbeitgeber muss sich in einem angemessenen Verhältnis an den Kosten beteiligen Geförderte Arbeitsplätze müssen über einen nach Lage des Einzelfalles zu bestimmenden langfristigen Zeitraum schwerbehinderten Menschen vorbehalten bleiben
Wo der Antrag zu stellen ist	Bei der örtlich zuständigen Agentur für Arbeit	Bei der örtlich zuständigen Agentur für Arbeit	Über den Integrationsfachdienst (www.ifd-bw.de) an den KVJS (www.kvjs.de)	KVJS (Integrationsamt) (www.kvjs.de)
Wann der Antrag zu stellen ist	Vor Abschluss des Arbeitsvertrages bzw. vor Arbeitsaufnahme	Vor Abschluss des Arbeitsvertrages bzw. vor Arbeitsaufnahme	Vor Beginn des Beschäftigungsverhältnisses	Vor Beschaffung bzw. vor Beginn des Beschäftigungsverhältnisses
Was noch wichtig ist	Ermessensleistung der Agentur für Arbeit	Ermessensleistung der Agentur für Arbeit		
Fundstelle	§§ 88-92 SGB III	§§ 88-92 SGB III	„Arbeit Inklusiv“ / „Ausbildung Inklusiv“ des KVJS	§ 15 SchwbAV

Bundesprogramm Teilhabechancengesetz	Bundesprogramm unternehmens- Wert:Mensch (uWM)	BA-Programm Einstiegsqualifizierung für Ausbildungsbewerber	Landesprogramm “Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“	Landesprogramm “Azubi transfer - Ausbildung fortsetzen“
Unternehmen, Arbeitgeber	Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten und 2 Mio. € Umsatz bzw. Jahresbilanz) die mindestens 2 Jahre bestehen	Private und öffentliche Arbeitgeber, die eine betriebliche Qualifizierung für Ausbildungssuchende anbieten und durchführen	Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente ohne Auszubildende) als Stammbetrieb	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie der freien Berufe mit weniger als 500 Beschäftigten
1) <u>Eingliederung von Langzeitarbeitslosen</u> Einstellung von Personen, die mindestens zwei Jahre arbeitslos sind, in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis für die Dauer von mindestens zwei Jahren (§ 16e SGB II)	Beratungsleistungen zur Gestaltung einer mitarbeiterorientierten und zukunftsgerichteten Personalpolitik in den Feldern <ul style="list-style-type: none"> • Strategische Personalführung • Chancengleichheit und Diversity • Gesundheit • Wissen und Kompetenz Gefördert werden eine Erstberatung durch eine regionale Anlaufstelle, eine Prozessberatung entsprechend des in der Erstberatung festgestellten Handlungsbedarfs durch autorisierte Prozessberater sowie ein Ergebnisgespräch <u>uWM plus</u> fördert Beratungen zur Etablierung eines Lern- und Experimentier-raums zur innovativen Gestaltung des digitalen Wandels	Vermittlung u. Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit zur Vorbereitung auf einen Ausbildungsberuf; förderfähig sind Ausbildungssuchende <ul style="list-style-type: none"> • mit aus individuellen Gründen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach den bundesweiten Nachvermittlungssaktionen keine Ausbildungsstelle haben • die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsreife verfügen • die lernbeeinträchtigt und sozial benachteiligt sind Voraussetzung ist, dass auf einen anerkannten Ausbildungsberuf (in der Regel) in Vollzeit vorbereitet wird	Ausbildung in verschiedenen Betrieben, wenn der Stammbetrieb des Auszubildenden Teile der vorgeschriebenen fachpraktischen Ausbildung nicht abdecken kann und sich mit anderen Betrieben zu einem Verbund zusammenschließt. Eine förderfähige Verbundausbildung liegt vor, wenn die Ausbildung in verschiedenen Unternehmen oder von einem oder mehreren Unternehmen gemeinsam mit einer Bildungseinrichtung stattfindet. Der Stammbetrieb muss mind. 50 % der Ausbildung durchführen; die Dauer der Ausbildung im durchführenden Betrieb muss während der Gesamtzeit der Ausbildung mind. 20 Wochen betragen	Übernahme von Auszubildenden und Fortsetzung der Berufsausbildung (bei folgenden Gründen): <ul style="list-style-type: none"> • Für den Ausbildungsbetrieb muss Insolvenz beantragt oder der Antrag auf Insolvenzeröffnung muss mangels Masse abgewiesen worden sein • Der Betrieb wurde aus nicht vorhersehbarem Grund stillgelegt • Die Eignung des Betriebs als Ausbildungsstätte ist weggefallen • Der Betrieb ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Kurzarbeit) Das Ausbildungsverhältnis muss bei einer Kammer oder einer sonstigen Stelle eingetragen sein und über die Probezeit hinaus bestehen
Zuschüsse zu den Lohnkosten	Zuschuss zu den Beratungskosten	Zuschuss für die Dauer von sechs bis längstens zwölf Monaten	Einmaliger Zuschuss („Prämie“)	Einmaliger Zuschuss („Prämie“)
<u>Zu 1)</u> Zuschuss für eine Dauer von zwei Jahren: im 1. Jahr 75 % des zu berücksichtigenden Arbeitsentgelts; im 2. Jahr 50 % des zu berücksichtigenden Arbeitsentgelts <u>Zu 2)</u> In den ersten beiden Jahren des Arbeitsverhältnisses 100 %, im 3. Jahr 90 %, im 4. Jahr 80 %, im 5. Jahr 70 % des Mindestlohns (bei tarifgebundenen Arbeitgebern wird das tatsächlich gezahlte Arbeitsentgelt berücksichtigt)	Die Höhe der Förderung beträgt bei Kleinstunternehmen (weniger als 10 Beschäftigte) 80 % des pauschalierten Beraterhöchstsatzes von 1.000 € netto je Beratungstag; gefördert werden maximal 10 Beratertage	Zuschuss zur Praktikumsvergütung bis zu einer Höhe von monatlich 247 €, zuzüglich eines pauschalierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag des Auszubildenden. Beginn der Förderung zum 1. Oktober im Zusammenhang mit der Nachvermittlung; zum 1. August für sogenannte Altbewerber, lernbeeinträchtigt und sozial Benachteiligte und noch nicht voll ausbildungsreife Personen	Die Höhe der Prämie beträgt 4.000 €, wenn die Ausbildung im Partnerbetrieb (Betrieb oder Bildungseinrichtung) mindestens 20 Wochen dauert. Die Höhe der Prämie beträgt 2.000 €, wenn die Ausbildung im Partnerbetrieb (Betrieb oder Bildungseinrichtung) mindestens 4 bis 19 Wochen dauert und der Stammbetrieb in diesem Zeitraum Kurzarbeit angemeldet hat	Die Höhe beträgt 1.200 € für jeden übernommenen Auszubildenden, als Einmalzahlung nach erfolgreichem Ablauf der Probezeit. Die rasche Übernahme des Auszubildenden vor der Antragstellung ist förderunschädlich. Die Förderung ist nur möglich, wenn vom aufnehmenden Ausbildungsbetrieb für denselben Zweck keine anderen öffentlichen Zuschüsse in Anspruch genommen werden
Beim örtlich zuständigen Jobcenter	Regionale Erstberatungsstelle	Bei der örtlich zuständigen Agentur für Arbeit	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg.
Vor Abschluss des Arbeitsvertrags	Kostenloses Erstgespräch bei der regionalen Erstberatungsstelle	Vor Abschluss des Vertrages mit dem Ausbildungssuchenden	Vor Beginn der Ausbildung im Partnerbetrieb	Innerhalb von drei Monaten nach Übernahme des Auszubildenden
Die Arbeitnehmer erhalten für die Dauer der Förderung eine beschäftigungsbegleitende Betreuung	Das Unternehmen muss mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben	Die vermittelten Kenntnisse und Fertigkeiten sind vom Betrieb zu bescheinigen	Keine Verbundausbildung liegt vor bei Ausbildung in verschiedenen Unternehmen eines Konzerns	Keine Förderung bei der Ausbildung eigener Kinder sowie bei Übernahme aus verbundenen Unternehmen
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	Richtlinie des BMAS www.unternehmens-wert-mensch.de	§ 54a SGB III	Merkblatt des WM	Merkblatt des WM